

---

**3644/J XXII. GP**

---

**Eingelangt am 25.11.2005**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## Anfrage

der Abgeordneten Dr. Caspar Einem  
und GenossInnen

an die Bundesministerin für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz  
betreffend EU-Präsidentschaft und die von Bundeskanzler Schüssel geforderte  
„Abschlankung“ des Sozialstaats

Österreich übernimmt mit 1. Jänner 2006 für ein halbes Jahr den Vorsitz in der Europäischen Union. Über die konkreten Vorhaben der österreichischen Bundesregierung wurde der österreichische Nationalrat ebenso wie die BürgerInnen bislang kaum informiert. Der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Trend“ ist nun zu entnehmen, dass Bundeskanzler Schüssel als künftiger EU-Ratsvorsitzender für eine Nachjustierung im Bereich des Sozialstaats eintritt. Aus seiner Sicht müsse es eine „gewisse Abschlankung“ des Sozialstaats und eine größere Treffsicherheit geben (Trend, 12/2005).

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz nachstehende

### **Anfrage:**

1. Teilen Sie die im Zusammenhang mit der österreichischen EU-Präsidentschaft von Bundeskanzler Schüssel geäußerte Auffassung, dass eine „gewisse Abschlankung“ des Sozialstaats erforderlich ist? Wenn ja, weshalb und in welchen Bereichen konkret?
2. Beruht das von Bundeskanzler Schüssel für die österreichische EU-Präsidentschaft ausgegebene Ziel der „Abschlankung“ des Sozialstaats auf einem Beschluss der Bundesregierung? Falls ja, wie lautet dieser Beschluss konkret?
3. Welche konkreten Initiativen wollen Sie zu „Abschlankung“ des Sozialstaats im

- Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft setzen?
4. Welche Maßnahmen auf EU-Ebene sind geplant, um eine „größere Treffsicherheit“ im sozialen Bereich zu erzielen?
  5. Welche konkreten Maßnahmen sind diesbezüglich seitens der Bundesregierung in Österreich geplant?
  6. Die Bundesregierung hat es als eines Ihrer Ziele für die österreichische EU-Präsidentschaft definiert, das „spezifisch europäische Lebensmodell“ abzusichern und weiter zu entwickeln. Ist der Sozialstaat in Ihrer Definition ein Bestandteil des „spezifischen europäischen Lebensmodells“?
  7. Falls ja, ist seine „Abschlankung“ ein geeigneter Beitrag dazu, das „spezifische europäische Lebensmodell“ abzusichern und weiter zu entwickeln?
  8. Sind Sie zuversichtlich mit dieser Politik, das Vertrauen der Bürger in das europäische Projekt neu zu festigen?
  9. Welche der in den Zuständigkeitsbereich Ihres Ressorts fallenden EU-Vorhaben sollen in der Zeit der österreichischen EU-Präsidentschaft zum Abschluss gebracht werden?
  10. Welchen der in den Zuständigkeitsbereich Ihres Ressorts fallenden EU-Vorhaben räumen Sie besondere Priorität ein und weshalb?
  11. Welche politischen Initiativen sind seitens Ihres Ressorts im Zusammenhang mit der österreichischen EU-Präsidentschaft geplant?
  12. Welche Veranstaltungen sind von Seiten Ihres Ressorts im Zusammenhang mit der österreichischen EU-Präsidentschaft (abgesehen von den Ratstagungen) geplant?
  13. Welche Themen stehen bei der informellen Tagung der SozialministerInnen auf der Tagesordnung?